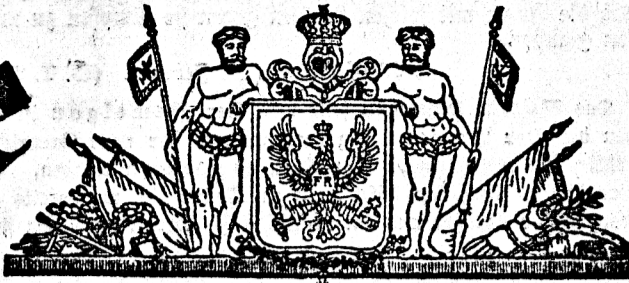


Vossische



Zeitung

Begründer

1704

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint täglich zweimal, Sonn- und Festtage nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeithilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Umschau in Technik und Wirtschaft, Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntagsbeilage, Allgemeine Verlosungstabelle, Kurszettel der Berliner Börse.

Bezug: In Gross-Berlin und Umgegend monatl. 7,50 M., durch eigene Boten tägl. zweimal frei ins Haus; durch die Post 5.— M. (ohne Bestellg.). Anzeigen: Zeile 2.— M. u. 70%, Teuerungszuschlag, Familienanzeigen 1,25 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer. Annahme im Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22/26, und in allen Geschäftsstellen des Verlags.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils): H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 851, sowie 15 277, 15 281, 15 282 bis 15 298

Abstimmung der 2. Zone: 14. März

Endergebnis der 1. Zone.

Flensburg, 12. Februar. (W. L. B.)

Auf Grund einer Eingabe der Internationalen Kommission ist die Abstimmung für die zweite Zone von Nordschleswig auf Sonntag, den 14. März, verschoben worden. (Ursprünglich war der 7. März als Abstimmungstermin festgesetzt worden. Mit dieser Verschiebung ist der dänische Standpunkt durchgebrochen. Die Red.)

Das Pressebüro der Internationalen Kommission für Nordschleswig macht bekannt, daß auf Grund einer Nachprüfung bei der Abstimmung in der ersten Zone insgesamt 100 382 Stimmen abgegeben wurden, und zwar 75 151 für Dänemark und 25 231 für Deutschland.

Der „Deutsche Schutzbund für die Grenz- und Auslandsdeutschen“, Berlin NW 52, wendet sich mit einem Aufruf an alle Deutschen im

Ausland, dem wir folgende Sätze entnehmen: „Im Innern Deutschlands leben 300 000 zur Stimmabgabe Berechtigte, weil in jenen Grenzlanden Geborene. Sie dürfen mitstimmen, müssen aber zur Stimmabgabe in die Heimat reisen. Das aber können sie nur, wenn wir anderen ihnen Reise, Unterkunft und Wegzehr zahlen. Ob wir's allein schaffen — trotzdem das ganze, ganze Volk hier zum ersten Male seit langer Zeit wieder fest und einig zusammensteht? Ob die letzten entbehrlichen Groschen, freiwillig gegeben, ausreichen, die vielen, vielen Millionen zusammenzubringen? Sollen wir einen Fehlschlag wagen? Oder dürfen, müssen wir nicht alle bitten, die von deutschen Müttern geboren und deutsch geblieben sind im Herzen allen Anfechtungen und allen Leiden der letzten Jahre zum Trost: „Helft der Mutter Heimat!“ Gebt eure Gabe der „Grenz-Spende“, die deutsches Land und deutsche Menschen deutsch erhalten soll. Jede Bank in Deutschland und jede große Zeitung nehmen Geld hierfür entgegen. Gebt! Und wer gar kommen kann, seine Stimme als Stimmberechtigter für Deutschland in die Wahlschale zu werfen, der komme!“

Der Vater der Auslieferung.

„Eine Erprobung Deutschlands.“

Eine Pariser Meldung der „Morning Post“ vom 7. Februar enthält eine bemerkenswerte Darstellung des französischen Urteils über den Standpunkt, den England während der Friedensverhandlungen und seither in der Auslieferungsfrage vertreten hat. Unter der Überschrift „Eine Erprobung Deutschlands“ führt das Pariser Telegramm u. a. aus:

„Dem französischen Standpunkt ist die wirklich bedeutsame Frage, die jetzt zur Debatte steht, nicht etwa die Auslieferung von 800 oder 900 minderwertigen Männern, damit sie die Strafe erleiden, die sie in reichem Maße verdienen, sondern daß Deutschland durch den Akt der Auslieferung gezwungen wird, einen der wesentlichsten Bestandteile des Vertrages auszuführen. Hier besteht, sei es zu Recht oder zu Unrecht, der Eindruck, daß die Engländer die Bestrafung der Kriegsverbrecher als eine Frage erster Ordnung ansehen, während die Franzosen eine solche Bestrafung als eine ganz untergeordnete Frage ansehen, die nur dadurch Bedeutung gewinnt, weil ihre Lösung symbolisch sein würde für manche realen und praktischen Vorteile, die für Frankreich aus dem Friedensvertrage folgen würden. Der ganze Gedankengang, den ehemaligen Kaiser und seine Mitgeschickten vor Gericht zu bringen, ist hier immer als ein Vorschlag von ausschließlich englischer Ursprung angesehen worden. Man hat auch zu verstehen gegeben, daß die Franzosen ihn nur aus Rücksicht auf den Bundesgenossen unterstützen haben. Unter diesen Umständen ist es leicht zu verstehen, daß die Menschen hier erschrocken sind, wenn sie lesen, daß der „Schlüpfrige Walliser“ (Lloyd George) angeblich gern bereit ist, die Forderung zu widerrufen, die die Franzosen als einen Hauptbestandteil seiner Wahlparole angesehen haben. Ich sage mit Betonung „erschrocken“, weil der logische französische Verstand erfasst hat, daß von dem Augenblicke an, wo die Artikel 228 ff. ein Bestandteil des Friedensvertrages wurden, es unbedingt erforderlich war, daß sie mit aller Strenge durchgeführt wurden. Und zwar ohne die Kosten einer solchen Durchführung zu berücksichtigen, da sonst der ganze übrige Vertrag mit seinen Entscheidungsbefugnissen und anderen Artikeln Gefahr läuft, als ein „Fetzen Papier“ behandelt zu werden. Lloyd George hat seinerzeit darauf bestanden, daß diese Artikel im Vertrag aufgenommen wurden, sagen die Franzosen. Es ist ihnen nun gleichgültig, wieviel an den Gerüchten wahr ist, daß die Engländer den Wunsch haben, die Entscheidung ihres Premierministers abzuändern. Sie bestehen auf die Ausführung des Friedens um aller der Bestandteile willen, die für sie so große Bedeutung haben.“

Von Bailby vertritt diese Ansicht in einem Aufsatz in „Antwortsache“. Er schreibt: „Es ist kein Geheimnis, daß Lloyd George, nachdem er, wie der Tiger bei uns, der Inspirator des Sieges gewesen ist, dieselbe vorherrschende Rolle im Frieden zu spielen wünschte. Die Idee, die ihm vor allem anderen am Herzen lag, war, eine exemplarische Bestrafung derjenigen, die hauptsächlich für den Krieg verantwortlich waren, zu erzielen. Wenn wir Clemenceau und seinen Beratern gerecht werden wollen, müssen wir sagen, daß sie diese Ansicht nicht teilten. Sie zögerten, einen solchen Schritt zu unternehmen. Sie fühlten, daß das ganze deutsche Volk schuldig war, herunter bis zum letzten Soldaten. Keine Bestrafung von Einzelpersonen konnte ein so grausames Verbrechen wie die Deportation der Frauen von Lille sühnen. Aber hier wurde der Tiger abermals durch Lloyd George hintergangen, der die Frage zu einer persönlichen machte.“ In der „Daily News“ schreibt der bekannte Militärschriftsteller Generalmajor Sir Frederic Maurice, soweit er habe feststellen können, herrsche unter den britischen Soldaten ein Gefühl des Missetuns, daß Männer wie Hindenburg, Ludendorff und Klud, die ihrem Lande in Ehren und treu gedient haben, auf der

Seite der „Kriegsverbrecher“ stehen. (Und Leipzig? D. Red.) Das Auslieferungsbegehren habe in Deutschland einen vollständig berechtigten Entzückungsausbruch zur Folge gehabt. Die Mütter spielen durch ihre Aktion den Rabulanten in Deutschland unmittelfar in die Karten.

Ermordung einer deutschen Studentin in Saarbrücken.

Eine Note an die französische Regierung.

Berlin, 12. Februar. (W. L. B.)

Der Abgeordnete Mittelmann hatte in der Nationalversammlung am 21. November v. J. eine Pressenachricht mitgeteilt, wonach die Leiche eines Grubenbeamten aus dem Kreise Saarbrücken von einem französischen Soldaten vergewaltigt und ermordet worden sei, und hatte an die Reichsregierung die Anfrage gerichtet, ob sie bereit sei, bei der französischen Regierung auf die Bestrafung des Täters zu dringen.

Das Ergebnis der Nachforschungen liegt jetzt vor. Ein Soldat der französischen Besatzungstruppen hat danach das geschilderte Verbrechen tatsächlich begangen, und zwar in einer Weise, wie sie grauenhafter nicht gedacht werden kann. Es handelt sich um die Studentin Fräulein Marie Schürer, Tochter des Fahrleiters Schürer von der Grube Heinitz bei Saarbrücken. Fräulein Schürer studierte an der Universität Marburg und war zu den Weihnachtstagen 1918 nach Heinitz gereist. Am Tage nach ihrer Ankunft, dem 20. Dezember, begab sie sich zum Besuch einer Freundin nach Friedrichstal. Unterwegs auf einem Waldweg begegnete sie einem französischen Soldaten, der ihr unsittliche Anträge machte, auf sie einwirkend, und als sie sich wehrte, ihr mit dem Seitengewehr mehrmals über den Kopf schlug.

Dann verließ er den Ort seiner Schandtat, offenbar in der Meinung, daß sein Opfer tot sei. Wieder zu sich gekommen, schleppte sich Fräulein Schürer bis zu einem Fahrweg, wo sie aufgefunden und von wo sie nach Hause geschafft wurde. Sags darauf ist sie ihren Verletzungen erlegen. Kurz vor ihrem Tode hat sie dem französischen Kommandanten von Heinitz, der zu ihr gerufen wurde, den Hergang erzählt. Dieser äußerte sein Bedauern und versprach strenge Bestrafung des Schuldigen. Gleichwohl hat der Vorsitzende der internationalen Waffenstillstandskommission in einer Note an die deutsche Waffenstillstandskommission auf Grund eines Berichtes des französischen Generals Fapelle seinerzeit die Begehung des Verbrechens auf das Entschiedenste in Abrede gestellt.

Die Deutsche Regierung hat die französische Regierung nunmehr unter Vorlegung des vorhandenen Beweismaterials um vollständige Aufklärung der Angelegenheit ersucht, mit dem nachdrücklichen Verlangen, daß die ruchlose Tat ihre Sühne findet und daß auch die Personen zur Rechenschaft gezogen werden, die versucht haben, die Untersuchung des Falles zu unterdrücken.

Eine schweizerische Glosse zu Millerands Note.

W. L. B. verbreitet eine Berner Drahtmeldung, der zufolge Professor Kossier in der „Tribune de Lausanne“ zu den von Frankreich in Erwägung gezogenen militärischen Zwangsmaßnahmen gegen Deutschland „feststellt“, daß nach Artikel 376 des Versailleser Vertrages lediglich der Völkerbund über etwaige Differenzen zwischen den Vertragsteilnehmern zu entscheiden habe. Artikel 376, der sich im 4. Abschnitt der Vereinbarungen über Säen, Wasserstraßen und Eisenbahnen findet, bestimmt indessen nur, daß Streitfälle bei Auslegung und Anwendung dieser Vereinbarungen vom Völkerbund geregelt werden sollen.

Das Rätsel Danzig.

Von Julius Elbau, Sonderberichterstatter der „Vossischen Zeitung“.

Danzig, 12. Februar.

Das Eintreffen des englischen Vertreters in Danzig löst nicht den Zwiespalt der Natur, in dem sich die künftige Freistadt befindet. Der erste Abschnitt des Friedensvertrages enthält den Schöpfungsplan; aber was sind Pläne, was sind Entwürfe in Anbetracht der Natur und Geschichte der ausgetüftelten Paragraphen? Im Augenblick ist Danzig ein einziges großes Rätsel, sich selbst und anderen. Auf dem Papier ist die Stadt dank ihrem zukünftigen Außengebiet — ein Viertel des Württemberger Staates mit 350 000 Einwohnern — am 10. Januar aus dem Verband des Deutschen Reiches ausgeschieden. In Wahrheit ist die Verbindung, so weit sie noch besteht, das einzig Sichere in dem völligen Dunkel, das sich über die Gegenwart und nächste Zukunft breitet. Die verbindlichen Worte, die Herr Reginald Tower bei seinem Antrittsspeech sprach, sind unverbindliche Wechsell auf unbestimmte Sicht.

Vorläufig ist alles in Danzig rätselhaft. Denn nach dem Vertrag fällt die Entscheidung nicht ein Vertreter der alliierten Hauptmächte, sondern ein Großkommissar des Völkerbundes, der den Schutz der Freistadt übernehmen soll. Aber der Völkerbund besteht noch nicht und die „freie Stadt“ ist noch nicht konstituiert. Auch der Oberbürgermeister, der weiter im Amt ist, übt seine Funktionen schon fast ganz ohne sichere Grundlagen aus. Wer ihn besucht, tut gut, früh aufzusehen: denn der Tag ist mit Arbeit dringend besetzt. Am besten sprechen Sie ihn um 8 Uhr morgens.

Enge Wendeltreppen mit reich geschmückten, schweren Geländer von kostbarer Arbeit aus der reichsten Zeit des Danziger Barock führen in dem majestätischen Danziger Rathaus zu dem Arbeitszimmer des Oberbürgermeisters Sahm, der zu dieser frühen Stunde schon vor einem Berg von Akten sitzt, der in der Stadtverwaltung die Aufgaben des Reiches, des Staates, des Oberpräsidiums und des Regierungspräsidenten übernommen hat und außerdem für Rechnung des Reiches und seines Rechtsnachfolgers die Geschäfte der Kaiserlichen Werk führt, eines Riesenunternehmens mit 4000 Arbeitern, das, wie bekannt, in diesen Tagen geschlossen werden mußte, weil sich auch hier Sabotage, Arbeitsunlust und Disziplinlosigkeit geltend machten. Irrendwelsche Schwierigkeiten werden aber nicht befürchtet, ebensowenig wie auf der Schiffschifferei, wo die Betriebe aus demselben Grunde stillgelegt worden sind.

Für Ruhe und Ordnung sorgt außer der blauen Polizei und der Gendarmerie eine neue Sicherheitswache der englischen Besatzung, die den staunenden Danzigern zeigt, wie das neue antimilitaristische Zeitalter aussieht. Ein Blick auf die Wachtposten, die vor dem Generalkommando, dem Sitz des Generals Haking — Sir Reginald Tower schlägt sein Quartier im Oberpräsidium auf —, bald in Paradestellung, bald in rasendem Geschwindschritt Tag und Nacht wirken, ist lehrreicher als alle Auseinandersetzungen. Eine überwundene Epoche des deutschen Militarismus ist hier noch lebendig, eine Kopie der Potsdamer Wachtparaden aus der Zeit Friedrich Wilhelms I. Die Danziger Unabhängigen sind recht verdutzt durch diese Erfahrung. Ihre Mitarbeit in der Stadtverwaltung wird vom Oberbürgermeister anerkannt. Für ihr Redebedürfnis, das an sich unter den heutigen Verhältnissen nicht unbedenklich ist, hat er die verständige Erklärung, daß sie bisher unter dem alten Wachtrost in der Stadtverordnetenversammlung nicht vertreten waren und zunächst das Bedürfnis haben, sich praktisch einzuleben.

Oberbürgermeister Sahm hat bereits gestern, unmittelbar nach der Ankunft Towers, mit dem zukünftigen „Gebietiger“ der Stadt Fühlung genommen. Die nächste Aufgabe wird sein, die unhaltbaren Zustände im Eisenbahnverkehr zu bessern und die Verbindungen mit dem Reich sicherzustellen. Der Stadt bleibt nichts übrig, als auf allen Gebieten abzuwarten und zunächst dem wirtschaftlichen Zusammenbruch entgegenzuarbeiten. Dieser Zusammenbruch ist allerdings drohend nahe gerückt, wenn es nicht gelingt, eine gangbare Brücke zwischen den Preisen und Wirtschaftsbedingungen zu erlangen. Der englische gemeine Soldat ist imstande, mit seinem Sold die ganze Stadt auszukaufen. Es ist wie in Warschau und Wilna während des Krieges. Die englischen Matrosen, die mit ihren sadartig geweiteten Hosentaschen das Straßenbild beherrschen, haben eine besondere Leidenschaft für Koffer. Eine einzige Firma verkaufte an einem Nachmittag 135 Stück. Der Sold beträgt sechs Schilling pro Tag, das sind dreitausend Mark pro Monat, außer freier Wohnung und Kost. Die Leute erwarten von einer Währungsänderung die Rettung. Der Oberbürgermeister ist mit Recht skeptisch. Unter allen Umständen geht die Operation auf Leben und Tod. Reisende werden in ihrer Existenz bedroht, und das Ergebnis ist zweifelhaft, wenn nicht die Produktionskraft einer großen Nation dahintersteht.

In Handelskreisen rechnet man auf England. Die englische Regierung — die alte Hoffnung — wird helfen, wird